

Eine Glosse

von Armin Plöger, Neu Garge
(Mitglied BI Ja zur Fähre – Nein zur Brücke)

9. August 2025

Heiße Luft und kalte Duschen – Hundert Millionen für einen Schildbürgerstreich?

Amtlich behaupteter Baubeginn einer Elbbrücke bei Darchau ab 2027 entzaubert sich beim „Bürgerdialog“ in Neuhaus als Fata Morgana

Der uralte Fluss Elbe hat in jüngster Zeit einen bemerkenswerten Wandel durchgemacht, der sehr wenig mit der Krise um die Erderhitzung zu tun hat. In der DDR war die Elbe offiziell Teil eines antikapitalistischen Schutzwalls. Heute ist sie für Landwirte, Traktoristen, Pendler und deren Verbrennermotoren nur noch ein lästiges Hindernis. So sehen es jedenfalls viele, wenn auch nicht alle Bewohnerinnen des Amtes Neuhaus.

Lüneburgs Landrat Jens Böther und der Amt Neuhauser Bürgermeister Andreas Gehrke, beide Parteifreunde, versprechen den Bürgern im Amt Neuhaus seit Jahren einen Brückenbau über die Elbe zwischen Darchau und Neu Darchau. Um die Fähre zu ersetzen. Lüneburg müsste rund 30 Millionen Euro beisteuern, während der Löwenanteil von der Landesregierung in Hannover kommen soll.

Etwa 100 Millionen Euro sollen insgesamt fließen, wenn es denn bei dieser Bausumme bleibt. Bisher konnten Parteifreunde und Brückenfans darauf verweisen, dass die Landesregierung das Portemonnaie geschlossen hält und das als große Ungerechtigkeit verkaufen. Zum Zwecke der Empörung über diese risikoscheue Knausrigkeit wurde vor einiger Zeit die Landwirtschaftsministerin Frau Staudte an Ort und Stelle beschimpft und bepöbelt.

Ähnliches war offenbar für den amtierenden Ministerpräsidenten Olaf Lies vorbereitet. Auf der Internetseite und in den Bekanntmachungskästen der Gemeinde Amt Neuhaus wurde eine als Bürgerdialog etikettierte Versammlung angekündigt, in der vollmundig ein Brückenbau ab 2027 als Tatsache dargestellt wurde. Bürgermeister Andreas Gehrke, zumindest verantwortlich für die Ankündigungen, musste in der Realität mit Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier und dessen Kollegin aus dem Landwirtschaftsministerium Frauke Patzke vorliebnehmen.

Feuer frei

Dennoch hielt sich Andreas Gehrke an das Drehbuch des vom „Brückenverein“ orchestrierten Intermezzos. Mit der aus anderen unsäglichen Zusammenhängen bekannten Formulierung „Feuer frei!“ eröffnete Gehrke die Veranstaltung. Die gut informierten und erfahrenen Staatssekretäre ließen sich nicht aus der Deckung locken. Trotz Feuerbefehl sollte es noch schlimmer kommen für die Brückenjäger.

Freundlich, sehr kuldig und sachlich setzten die Staatssekretäre den Anwesenden auseinander, dass die Landesregierung von Niedersachsen selbstverständlich zu der aktuell noch gültigen Beschlusslage steht. Es gibt aber einen Haken. Die Voraussetzungen dafür seien seitens des Landkreises noch gar nicht gegeben, so die entwaffnende Anmerkung des Staatssekretärs. Landrat Böther müsse seinen Anteil, die aktuell aufgerufenen 30 Millionen für dieses regionale Projekt, in Lüneburg organisieren. Zuvor müsse für einen soliden Finanzplan das laufende Planfeststellungsverfahren erfolgreich zum Abschluss gekommen sein. Dafür könne man getrost einen Zeitraum von acht bis zehn Jahren veranschlagen.

Heiße Luft und kalte Dusche

Für einen kurzen Moment war Landrat Böther die kalte Dusche anzusehen. Hinzu kommt, dass sich Flächen für Zufahrt und Trasse des Objekts der Begierde auf dem Gebiet des Landkreises Lüchow – Dannenberg befinden. Dieser hat dem Projekt eine Absage erteilt. Dass Landrätin Dagmar Schulz (parteilos) in Neuhaus nicht dabei war, mag man getrost als Nachlässigkeit der Veranstalter verbuchen.

Der Plan, der Landesregierung in Hannover die Schuld an der nicht vorhandenen Brücke zuzuschreiben, war überraschend geplatzt. Wer bis dahin an den gemeindeamtlich versprochenen Spatenstich im Jahr 2027 für eine Elbbrücke in Darchau geglaubt hat, hätte spätestens jetzt erkennen müssen, dass hinter der Ankündigung „Baubeginn“ noch weniger als heiße Luft steckte: Eine Fata Morgana.

Ob Landrat Böther seinen zwei Tage später öffentlich gemachten Entschluss, seinen Landratsrock baldigst an den Nagel zu hängen, zurückhielt, um den von Gehrke soeben befeuerten Treibern nicht „in die Flinten zu spucken“, muss selbstverständlich Spekulation bleiben. Möglicherweise wollte Böther im Amt Neuhaus nicht zu viele schlechte Nachrichten an einem Tag verkünden, denn ohne ihn dürfte der Jagdhörner- und Fanfarenzug der Brückenverkünder spürbar an Klangdynamik verlieren.

Rote Rosen und Ponyhof

Außerdem sind vor vielen Jahren Planer in Hannover und Berlin zu dem Schluss gekommen, dass für eine Elbbrücke dieser Dimension an dieser Stelle das Verkehrsaufkommen zu gering ist. Zwei Fähren in Bleckede und Darchau reichen. Das ist der Grund, warum es ein regionales Projekt sein muss, unter Federführung des Landkreises. Immerhin könnte sich die Region Lüneburg so nicht nur mit roten Rosen schmücken, sondern auch mit einer Brücke, die sich unter die Top-Ten von Deutschlands längsten Brücken einreihen könnte. Das muss man sich als Landkreis im real existierend Kapitalismus erstmal leisten können. Zumal es nicht zu den alternativen Fakten gehört, dass die Gemeinde mit 19 Einwohnern pro Quadratkilometer die Brücke niemals wird beleben können. Der deutschlandweite Vergleichswert liegt bei 236 Einwohnern auf entsprechender Fläche. Selbst die Verkehrsplaner der Brückenlobby haben errechnen können, die Zeitersparnis mit einer Brücke liege für den Referenzort Neuhaus / Rathaus bis Lüneburg bei durchschnittlich zehn Minuten. Psychologen hingegen wissen, dass Statistik für die Abbildung der Realität keine Rolle spielt.

Demokratie ist, wenn wir die Brücke haben

Alles vollkommen irre? Blickt man auf die in Neuhaus mobilisierte Empörung, erkennt man einen einfachen Zusammenhang, der lautet: Demokratie ist, wenn genau das passiert, was ich will oder wir wollen. Passiert das nicht, dann ist man mindestens politikverdrossen, wendet dem Staat den Rücken zu, wählt aus Protest den Protest oder beschimpft die Funktionsträgerinnen der Demokratie. Etwa in dieser Reihenfolge.

Staatssekretärin Frauke Patzke musste sich Bruch ihres Amtseides vorwerfen lassen. Als sie glaubhaft versichern konnte als politische Beamtin an Recht und Gesetz gebunden zu sein und sich auch so verhalte, wurde postwendend aus dem Publikum gefordert, dann müsse sie sich für die Brücke einsetzen. Alles andere sei undemokratisch.

Das war ein kleines Lehrstück darüber, wie kompliziert die Demokratie ist und wie eng verzahnt nicht nur mit Bildung, sondern auch mit der Bereitschaft zum Zuhören. Besonders wenn Menschen unbeirrbar an Rosengärten, Ponyhöfe und blühende Landschaften glauben wollen.

Die Staatssekretärin erhellte, dass im Grunde in jeder Legislaturperiode das Landesraumprogramm geändert wird und ein LROP keine Verhinderungsplanung betreiben darf. Mit anderen Worten, das LROP darf einen Brückenbau nicht ausdrücklich verhindern und kann dennoch die räumlichen Voraussetzungen für eine Niedrigwasserfähre als Ziel der Raumplanung bestimmen. Und genau das befindet sich auf Landesebene in dem vom Gesetzgeber vorgesehenen und demokratischen Abschlussverfahren.

Das wollte man im Saal allerdings nicht so recht glauben, denn warum wird es dann geändert? Und was steht eigentlich genau darin? Und warum soll die vorhandene Fähre favorisiert werden, eine Brücke aber nicht? Eine Antwort könnte sein, dass man den niedersächsischen Bürgerinnen zwischen Emden und Göttingen, zwischen Braunschweig und Osnabrück schlecht erklären kann, warum fast alle finanziellen Mittel, die für das LROP vorgesehen sind, in eine einzige Brücke für eine Handvoll Leute fließen sollen.

Hase und Fuchs sagen gute Nacht

Selbst die einfachste Frage vom Moderator der Lüneburger Landeszeitung, wie viele Menschen bei Darchau die Elbe im Jahresdurchschnitt überqueren, mochten die Protagonisten nicht beantworten. Dass aus Amt Neuhaus von knapp 1.800 sozialversicherungspflichtig arbeitenden Personen 700 lediglich 10 km von ihrem Wohnsitz entfernt arbeiten und weitere 700 in das angrenzende West – Mecklenburg auspendeln, und dass lediglich täglich insgesamt 170 PKW- und ÖPNV – Nutzer mittels Fähre nach Lüneburg und Umgebung auspendeln, dürfte auch Herrn Reschke bekannt sein. Er hätte die Informationslücke schließen können. Oder waren ihm auch diese niederschmetternden Zahlen lediglich eine weitere Zumutung, die nur deshalb existieren, weil es keine Brücke gibt? Klar ist hingegen, dass die Fähre „Tanja“ täglich rund 500 Personentransporte und 300 PKW- und Lasttransporte zuverlässig bewältigt und alle regional nachgefragten Verkehre bedient.

Im Augenblick jedenfalls entsprächen 100 Millionen Euro einer Investition von rund 20.000 Euro pro Amt Neuhauser Einwohnerin. Ein Brückenfreund aus dem idyllischen Clenze (Kreis Lüchow-Dannenberg), MdL Uwe Dorendorf, muss etwas geahnt haben. Grundsätzlich meinungsstark in Sachen Elbquerung, hielt er sich diesmal im Hintergrund.

Während in Bleckede im kommenden Jahr eine Niedrigwasserfähre mit umweltfreundlichem Antrieb die jetzige Fähre ersetzt, wurde der Vorschlag, das genauso und zunächst als eine schnelle, praktikable Lösung für die zweite vorhandene Fähre in Darchau zu betrachten, aus einem Teil des Publikums mit „Quatsch“ und „Unsinn“ kommentiert. Die Fähren sind Fahrzeuge und jede Fahrerin weiß es, manchmal fahren die Dinger einfach nicht. Schon gar nicht, wenn Hase und Fuchs sich gute Nacht sagen.

Marmor, Beton und Eisen brechen nicht

Solange Beton nicht bröckelt und Stahl nicht rostet, ist eine Brücke eine zuverlässige Investition in die Zukunft, sollte man meinen. Oder genauer: Will man im Amt Neuhaus unbedingt glauben. Zwar soll bröckeln und rosten schon vorgekommen sein, aber das gehört dann zu den

Unterhaltskosten. Das ist ein anderer Topf und in den 100 Millionen nicht enthalten, darüber muss man dann später reden. Das Geld ist ja da, es hat nur jemand anderes.

Alter Wein in neuen Schläuchen

So konnten der Politikprofi Landrat Böther und seine Anhänger wenigstens etwas längst Bekanntes als einen gesichtswahrenden Teilerfolg verbuchen: Nach aktueller Beschlusslage könnte aus Hannover Geld für das kommunale Brückenprojekt fließen, so Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier. Die Voraussetzungen dafür müssen in Lüneburg geschaffen werden: Rechtswirksam abgeschlossenes Genehmigungsverfahren, eine darauf basierende gesicherte Finanzplanung mit nachgewiesenem 30 Millionen – Euro – Eigenanteil des Landkreises und die erforderliche Einwilligung des Landkreises Lüchow – Dannenberg. Dafür erwarten die mit Großprojekten erfahrenen Staatssekretäre einem Zeitraum von acht bis zehn Jahren. Auf der dann vorliegenden Beschlusslage könne das Land das kommunale Brückenprojekt grundsätzlich bis zur Höhe der genannten Quote mitfinanzieren.

Danach wäre die Elbe als Hindernis Geschichte. Der Naturpark Elbufer an dieser Stelle übrigens auch.

Wie das mit der Geschichte so ist, es bleibt die schmerzliche Erkenntnis: Man weiß einfach nicht, wann sie stattfindet. Vielleicht triumphiert der Wille, aber aller Voraussicht nach siegt die Vernunft - und eine Brücke wird nicht gebaut. Der Elbe und ihrer Landschaft kann das nur gut tun. Den Finanzen des Landkreises Lüneburg auch.